

Wir in Mitte.

Ausgabe
Sept./Okt.
2024



Magazin der CDU für den Bezirk Mitte

In dieser Ausgabe finden Sie u.a. folgende Themen:

- Der grüne Kampf gegen das Auto geht weiter - Jetzt am Charles-Corcelle-Ring
- Interview mit der Schiedsfrau Christiane Holm
- „Senat vor Ort“ – Berliner Regierung tagt gemeinsam mit dem Bezirksamt Mitte
- Tag des Ehrenamtes 2024
- Tageseinrichtung für Drogenabhängige im ehem. Karstadt-Gebäude?

Liebe Bürgerinnen und Bürger in Mitte,



Sven Rissmann, MdB

haben.

Die Migrationslage entgleitet uns immer mehr und solange die Ampelregierung auf Bundesebene sich nicht dazu durchringen kann, unsere Grenzen wirksam zu schützen und Zurückweisungen anzuordnen, die bereits nach geltendem Recht möglich wären, wirft dies auch seine Schatten auf uns in Mitte. Der Wohnungsmarkt ist weiterhin angespannt, Kriminalität und Verwahrlosung steigen. Das ist leider insbesondere bei uns in Mitte deutlich spürbar.

Während die Gegend um den Leopoldplatz und die Mühlenstube immer mehr verwahrlost, nahezu täglich über Messerstechereien und sogar Schießereien in unseren Kiezen berichtet wird und die Ablagerung illegalen Mülls insbe-

sondere in der Ungarnstraße immer größere Ausmaße annimmt, kümmert sich die grün-rote Zählgemeinschaft in Mitte vor allem um eins: die weitere Einschränkung des motorisierten Individualverkehrs. Jeder Kiezblock, jede Fahrradstraße und jede Parkzone für sich erscheint dabei vielleicht nicht besonders gewichtig, schaut man sich aber einmal das Gesamtbild an, bekommt man einen Eindruck davon, wie die individuelle (Fortbewegungs-) Freiheit immer mehr eingeschränkt wird. Und das in nahezu allen Fällen ohne eine ordentliche Bürgerbeteiligung. Transparenz geht anders!

Ich möchte Ihnen versichern, dass wir als CDU und CDU-Fraktion in Mitte mit vollem Einsatz gegen die Verwahrlosung in unserem Bezirk und die falschen Prioritäten der grün-roten Zählgemeinschaft kämpfen. Wir möchten einen Bezirk, der für alle da ist – Auto- und Fahrradfahrer, Fußgänger, junge und alte Menschen, Arme und Reiche.

Ich freue mich daher, dass wir Ihnen auch in dieser Ausgabe der „Wir in Mitte“ einen Eindruck von unserer täglichen Arbeit geben können.

Zögern Sie nicht, bei Rückfragen, Lob oder Kritik auf uns zuzukommen!

Und nun wünsche ich Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Herzliche Grüße
Ihr
Sven Rissmann, MdB
-Kreisvorsitzender der CDU Mitte-

Impressum

Magazin der CDU für den Bezirk Mitte

V.i.S.d.P.: Sebastian Pieper, stellv. Kreisvorsitzender

CDU Mitte, Triftstraße 41, 13353 Berlin

Email: kreisgeschaeftsstelle@cdumitte.de

www.cdumitte.de

<https://www.facebook.com/cdumitte>

Vervielfältigungen und Veröffentlichungen sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung der CDU Mitte gestattet. Die abgedruckten Bilder unterliegen entweder einer CC-Lizenz, sind privat zur Verwendung freigegeben worden oder von Adobe Stock (Seite 1: Jaranik) lizenziert.

Autoren dieser Ausgabe: Sven Rissmann, Carsten Spallek (CS), Olaf Lemke (OL), Hans Berg (HB), Daniela Fritz (DF), Lucas Schaal (LS)

Der grüne Kampf gegen das Auto geht weiter - Jetzt am Charles-Corcelle-Ring

Das grün-geführte Bezirksamt plant den Charles-Corcelle-Ring zu einer Fahrradstraße umzugestalten. Hinzu kommt eine Einbahnstraßenführung in südwestlicher Richtung hinter dem Parkplatz der Julius-Leber-Kaserne in Richtung Zentraler Festplatz.

Wie bei verkehrspolitischen Maßnahmen des Bezirksamtes Mitte leider mittlerweile üblich, hat es keine echte Bürgerbeteiligung geben. Die betroffenen Anwohner des Charles-Corcelle-Rings wurden über die geplante Umgestaltung nicht einmal informiert.

Die vorliegenden, sehr kargen Informationen sind lediglich der Vorhabenliste des Bezirksamtes Mitte auf dessen Homepage zu entnehmen.

Das Bezirksamt hat bis heute noch nicht einmal in den zuständigen Gremien der Bezirksverordnetenversammlung Mitte über die geplanten Maßnahmen informiert. Wenigstens im Verkehrsausschuss hätte das Bezirksamt zunächst einmal erläutern können, was es mit der Umgestaltung des Charles-Corcelle-Ring eigentlich erreichen will und ob diese Ziele nicht auch mit anderen Mitteln erreichbar wären.

Die Notwendigkeit einer Fahrradstraße in diesem Gebiet erscheint grundsätzlich fragwürdig. Der Fahrradverkehr

auf dem Charles-Corcelle-Ring ist nur sehr gering ausgeprägt. Die Straße wird fast ausschließlich von Anwohnern und Kleingärtnern genutzt und ist auch kein Unfallschwerpunkt. Dies zeigt sich u.a. auch darin, dass die Straße sehr stark von Fahrschulen für ihren Unterricht

genutzt wird. Ginge es dem Bezirksamt um die Steigerung der Verkehrssicherheit, so fehlt diesem Ziel nicht nur die Grundlage, nämlich die Gefahrenlage, ablesbar an hohen Unfallzahlen bzw. Starker Nutzung durch Radfahrer, sondern es gäbe zunächst auch andere Mittel. So könnten

„Moabiter Kissen“, Dialogdisplays oder schlicht auch mehr Kontrollen angewandt werden.

Das Ergebnis am Charles-Corcelle-Ring wird nun sein, dass in einem erheblichen Ausmaß Parkplätze wegfallen werden.

Die Kleingärtner, viele davon auch Senioren, sind allerdings auf das Auto und dementsprechend auf Parkplätze nah an ihrem Garten angewiesen. Der Parkdruck in die Nebenstraßen, also direkt ins Wohngebiet hinein und somit auch die Belastung für die Anwohner, werden zunehmen. Weniger Parkplätze bedeuten mehr Parkdruck und somit eine höhere Belastung für die Anwohner. (OL)



Sven Rissmann, MdA, die Stellv. CDU-Fraktionsvorsitzende in der BVV Mitte, Daniela Fritz und der Bezirksverordnete Olaf Lemke beim Gespräch mit Vertretern der Kleingärtner.

Endlich! Eine Hundestaffel für die Justizvollzugsanstalten von Berlin

Bereits seit dem Jahr 2015 fordert Sven Rissmann, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, gemeinsam mit seiner CDU-Fraktion die Einführung von Drogenspürhunden für die Berliner Justizvollzugsanstalten. Denn auch in unserem Bezirk Mitte, in der JVA Moabit, ist das Thema „Handel/Besitz mit bzw. von Betäubungsmitteln“ noch immer hoch aktuell.

Bisher finden Kontrollen von Hafträumen nur unregelmäßig mit Hilfe von Drogenspürhunden, die von Polizei und Zoll zur Verfügung gestellt werden, statt. Ein Zustand, der für eine Großstadt wie Berlin nicht akzeptabel sein kann.

Umso erfreulicher ist es nun, dass Dank der Justizsenatorin, Dr. Felor Badenberg (CDU), ab Oktober dieses Jahres endlich ein Pilotprojekt startet, welches den Berliner Justizvollzugsanstalten eine eigene Hundestaffel ermöglicht. Schäferhunde und Rottweiler

werden zu Drogen- und Datenträgerspürhunden ausgebildet.

Nachdem unter der Koalition von SPD und CDU im Jahr 2015 das Projekt „Hundestaffel“ bereits angestoßen wurde, kam es nach dem Regierungswechsel 2016 vorerst für lange Zeit zum Erliegen. Der ehemalige grüne Justizsenator und auch seine Nachfolgerin von der Linken sahen für die Einführung einer eigens für die Justizvollzugsanstalten gedachten Hundestaffel keine Notwendigkeit.

Unter der neuen Justizsenatorin, Dr. Felor Badenberg (CDU), hat sich nicht nur die Sichtweise auf die Drogenproblematik in unserer Hauptstadt geändert, sondern es wird dank ihres Einsatzes vor allem konsequent gehandelt.

Es zeigt sich einmal mehr, wie wichtig die Union ist, wenn es um Sicherheit und Ordnung in unserer Stadt geht! (DF)



Sven Rissmann vor der JVA Heidering im Jahr 2020

Teileinziehung der Gartenstraße durch das Bezirksamt – Anwohner sind empört über den Kiezblock durch die Hintertür!

Das von den Grünen selbst propagierte „Pollerbü“ reicht nun bis zur Ackerstraße (zwischen Tor- und Invalidenstraße). Nicht nur, dass die Ackerstraße in besagtem Bereich zu einer Fahrradstraße umgewidmet wurde, zusätzlich hat das grün-geführte Bezirksamt in Höhe der Tieck- und Schröderstraße durch Poller diese Straßen zu Sackgassen gemacht. Radfahrer dürfen allerdings durchfahren. Aber die Verbindung zwischen Tor- und Invalidenstraße ist gekappt worden. Verkehr von und zu Anwohnern und Gewerbetreibenden im Kiez werden massiv behindert. Die Auswirkungen sind bis in die weiteren Nebenstraßen spürbar und führen dort nun zu zusätzlichen Verkehren.



Die Stellv. Vorsitzende der CDU-Fraktion, Daniela Fritz, und weitere Bezirksverordnete der CDU-Fraktion im Austausch mit den Anwohnern der Gartenstraße

Markenzeichen der grünen Bezirksamtsmitglieder ist inzwischen Bürgerbeteiligung als bloße Information anzubieten. Die Frage des „Ob“ wird überhaupt nicht gestellt, vielmehr werden Anwohner und Gewerbetreibenden vor vollendete Tatsachen gestellt. Im Vorfeld hatten sie keine Möglichkeit, die Grundsatzfrage, ob die Gartenstraße überhaupt zu einer Fahrradstraße plus Poller umgestaltet werden sollte, zu erörtern. Dazu passt die Aussage des zuständigen Verkehrsstadtrats Christopher Schriener (B90/Die Grünen), der in der Sitzung der BVV Mitte vom 20. Juni 2024 auf eine Anfrage der CDU-Fraktion sinngemäß ausführte, dass „eine er-

gebnisoffene Bürgerbeteiligung in diesem Fall nicht zielführend“ gewesen wäre.

Die CDU-Fraktion Mitte hat dies zum Anlass genommen, den Anwohnern und Gewerbetreibenden noch zu Beginn der politischen Sommerpause Gelegenheit gegeben, sich hierüber auszutauschen. So soll u.a. der Druck auf das Bezirksamt aufrecht erhalten bleiben, um weitere Maßnahmen dieser Art möglichst zu verhindern. Darüber hinaus wird man nach dem Sommer zu einem weiteren Gespräch zusammenkommen, um sich über die Erfahrungen mit der neuen Verkehrssituation auszutauschen. (OL)

„Ich habe schon immer einen ausgeprägten Gerechtigkeitssinn gehabt“

Interview mit der Schiedsfrau Christiane Holm

Wie sind Sie auf dieses Amt aufmerksam geworden?

Durch einen Post auf Instagram vom Stadtrat Carsten Spallek. Dieser Post hat mein Interesse geweckt.

Was geschah dann?

Ich habe mich über das Schiedsamt informiert. Es ging mir darum, was ist meine Aufgabe als Schiedsfrau und welche Eigenschaften sollte ich haben, um dieses Amt auszuführen.

Warum haben Sie sich entschieden dieses Amt auszuführen?

Ich habe schon immer einen sehr ausgeprägten Gerechtigkeitssinn gehabt. Ich möchte den Menschen helfen, ihre Streitigkeiten beizulegen und Kompromisse zu machen und damit die Gerichte entlasten. Ich möchte meinen kleinen Teil dazu beitragen, die Welt ein bisschen besser zu machen!

Was braucht man für dieses Amt?

Die Schiedsperson sollte empathisch sein, Lebenserfahrung haben und vor allem neutral sowie lösungsorientiert sein.

Wie lange kann man das Amt ausführen?

Man wird für 5 Jahre von der BVV gewählt. Man sollte zwischen 30 bis 70 Jahre alt sein.

Wie wende ich mich an eine Schiedsperson, was muss ich machen?

Zuständig ist das Schiedsamt, in dessen Amtsbezirk die beschuldigte Partei (Antragsgegnerin bzw. Antragsgegner) wohnt. Eine Liste der für den Bezirk Mitte zuständigen Schiedsfrauen und Schiedsmänner sowie die Zuordnung der Wohnanschrift zum zuständigen Schiedsbezirk findet man im Internet.

Das Schiedsverfahren

Das Schiedsverfahren ist eine Alternative zum Gerichtsverfahren und oftmals die zeitsparendere und kostengünstigere Alternative. Es ist eine Einrichtung zur vor- und außergerichtlichen Klärung bestimmter Rechtsstreitigkeiten.

In jedem Bezirk gibt es ehrenamtlich tätige Schiedsfrauen und Schiedsmänner, die von der Bezirksverordnetenversammlung für die Dauer von jeweils fünf Jahren gewählt werden. Ihre Aufgabe ist es, zwischen den Streitenden zu vermitteln. Sie unterliegen der absoluten Schweigepflicht und haben die nötigen Befugnisse, um eine rechtlich verbindliche Einigung durchzuführen. Die Verfahren finden zumeist in privater Umgebung statt. Aufgabe der Schiedsleute ist es, einvernehmliche Lösungen für Streitigkeiten zu finden. (Quelle: Bezirksamt Mitte von Berlin)



Christiane Holm bei ihrer Arbeit als Schiedsfrau

„Senat vor Ort“ – Berliner Regierung tagt gemeinsam mit dem Bezirksamt Mitte

Am 9. Juli war der Berliner Senat beim Bezirksamt Mitte zu Gast. Im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung wurden bezirkliche Themen besprochen, die derzeit viele Menschen bewegen. Unter anderem wurde erörtert, wie die Obdachlosigkeit erfolgreich bekämpft werden kann. Gerade wenn psychische Erkrankungen in Kombination mit Obdachlosigkeit auftreten, braucht es dafür spezielle Angebote. Dies gilt ebenso bei der Frage der Integration obdachloser Roma, die noch im letzten Jahr in einem Camp am Hauptbahnhof lebten und nunmehr befristet in einer Einrichtung in der Gotenburger Str. betreut werden, mit dem Ziel der Integration in Arbeit. Weitere Themen waren die „Vermüllung“ im öffentlichen Raum sowie Strategien dagegen und die Umsetzung der Berliner Strategie gegen Kinderarmut.

Die Stimmung bei den Teilnehmern der CDU Mitte war außerordentlich gut und freundschaftlich (siehe Bild).

Nach der Sitzung im Rathaus Mitte ging es zu einer gemeinsamen Bezirkstour. Besucht wurden u.a. im Technologiepark Humboldthain das Unternehmen pi4_robotics GmbH, welches sich auf die Herstellung autonomer Roboter spezialisiert hat (Stichwort: KI). Auch das Modeprojekt „Platte Berlin“ am Alex war Ziel der Tour,

genauso wie der „Campus Nauener“ – das Haus der Jugend und Haus der Familie am Nauener Platz. Den Schwerpunkt bildete der Besuch des Leopoldplatzes, der wie erwartet medial am stärksten begleitet wurde.

Zur Situation am Leo sagte Kai Wegner, im Kampf gegen den Drogenhandel sei

auch am Leopoldplatz ein Mix aus Prävention, sozialen Angeboten und Repression nötig. Einerseits benötigten Süchtige Hilfe, damit sie aus der Drogenspirale ausbrechen könnten. Wichtig sei aber auch mehr Polizeipräsenz. „Das ist ein wunderschöner Platz für die Menschen, die hier leben, und die sollen diesen Platz nutzen für Familien und Zeit genießen, sich zu entspannen vom urbanen Trubel einer Großstadt.“ Momentan werde der Platz von vielen Menschen aber gemieden. „Das müssen wir verändern.“, so Wegner. Dafür stellt der Senat dem



V.l.n.r.: Joe Chialo, Benjamin Fritz, Carsten Spallek, Felor Baden-berg, Kai Wegner, Florian Hauer

Bezirk aus dem sogenannten „Sicherheitsgipfel“ zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung. Mit dem zusätzlichen Geld sollen u.a. die aufsuchende Sozialarbeit gestärkt werden sowie Parkläufer und andere Präventionsmaßnahmen finanziert werden. Auch für mehr Polizeipräsenz werden finanzielle Mittel bereitgestellt. (CS)

Standortbiwak in der Julius-Leber-Kaserne

Gerade in den aktuell unruhigen Zeiten kommt unserer Bundeswehr eine immer größere Bedeutung zu. Dies war in den letzten Jahren vor allem in unserer Hauptstadt leider nicht immer der Fall. Denn seitens der politischen Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken erfahren die Soldatinnen und Soldaten unseres Landes kaum Unterstützung.

Umso erfreulicher ist es, dass zahlreiche Gäste der Einladung des Kommandeurs Landeskommando Berlin und Standortältesten, Brigadegeneral Jürgen Karl Uchtmann, zum alljährlichen Standortbiwak in der Julius-Leber-Kaserne gefolgt sind. Darunter - wie bereits in den Jahren zuvor - auch der CDU-Abgeordnete Sven Rissmann. Ein Abend, an dem unsere Bundeswehr einmal mehr die Aufmerksamkeit und Anerkennung erfahren hat, die ihr gebührt.

Es war die letzte große Veranstal-

tung unter Brigadegeneral Uchtmann, der sich nach 45 Jahren nun in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Auf ihn folgt Oberst i.G. Horst Busch. (DF)



V.r.n.l.: Sven Rissmann, MdA, Jelisaweta Kamm (Vorschaerin der BVV Mitte), Martin Leuschner (Stellv. Vorsteher der BVV Mitte)

Bezirk benennt die Petersallee um – Auswirkungen u.a. auf die Meldeanschrift

Das Bezirksamt hat nach intensiven Diskussionen in der BVV und nach zahlreichen Widersprüchen von Betroffenen nunmehr die Umbenennung der Petersallee vorgenommen.

In der künftigen Maji-Maji-Allee hat die Umbenennung auch Auswirkungen auf die Hausnummern. In der künftigen Anna-Mungunda-Allee ändern sich hingegen die Hausnummern nicht.

Für sechs Monate werden an den Hauseingängen neben den neuen Hausnummern auch die alten Hausnummern (durchgestrichen) noch sichtbar bleiben. Für den gleichen Zeitraum werden auch die alten Straßenschilder rot durchgestrichen unterhalb der neuen Straßenschilder hängen.

Für die Bewohner sind mit der Straßen-

umbenennung einige Veränderungen verbunden. Unter anderem muss die Meldeanschrift in den Ausweisdokumenten angepasst werden.

Damit die betroffenen Anwohner nicht auch noch zusätzlich unter schwer zu bekommenden Terminen beim Bürgeramt leiden müssen, werden für die Betroffenen im Bürgeramt Osloer Straße bis zum 31.10.2024 Sondertermine zur Verfügung gestellt, die unter der Servicenummer 115 mit Hinweis auf die Umbenennung reserviert werden können. Für die Umschreibung fallen keine Gebühren an. Auch eine Änderung der Anschrift in der Kfz-Zulassungsbescheinigung Teil I bzw. im Fahrzeugschein ist kostenfrei. (CS)

Reinigungsstreife auf ganze U8 ausgeweitet

CDU-Abgeordneter Lucas Schaal mit der Reinigungsstreife unterwegs für mehr Sicherheit und Sauberkeit

Wer täglich mit der U8 zur Schule oder zur Arbeit fährt, der kennt die schwierigen Zustände auf den Bahnhöfen und in den Waggonen. Der CDU-geführte Senat hat es sich deswegen zum Ziel gesetzt, hier deutliche Verbesserungen zu erreichen und daher das Pilotprojekt Reinigungsstreife angestoßen.

Die Reinigungsstreife besteht aus einem Team von Mitarbeitern des BVG-Sicherheitsdienstes und des Reinigungspersonals, die gemeinsam während des laufenden Betriebs in den Zügen der U8 und auf den Bahnhöfen unterwegs sind und dort für Sauberkeit sorgen.

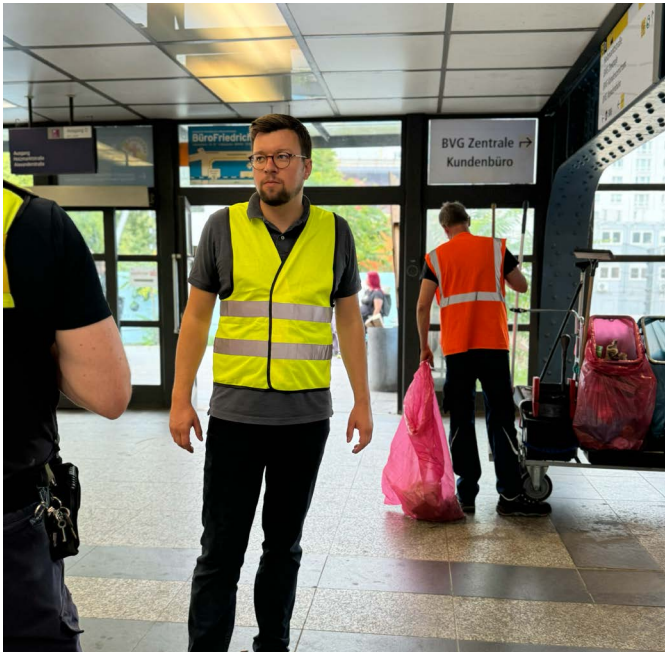
Nach drei Monaten Pilotbetrieb steht fest: das Projekt ist ein voller Erfolg und verbessert spürbar die Sauberkeit und Sicherheit der Fahrgäste. In einer Umfrage der BVG bewerteten 81% der Befragten die Reinigungsstreife positiv. Deswegen wurde das Projekt nun auf die gesamte U8 ausgeweitet und dafür zusätzliche 2 Millionen Euro bereitgestellt.

„Ich freue mich sehr, dass es gelungen

ist die Reinigungsstreife jetzt auszuweiten und damit auch die U-Bahnhöfe Heinrich-Heine-Straße, Jannowitzbrücke, Alexanderplatz, Weinmeisterstraße und Rosenthaler Platz sauberer und sicherer werden“, so der CDU-Abgeordnete Lucas Schaal, der sich im Hauptausschuss und Verkehrsausschuss für die Ausweitung des Pilotprojekts eingesetzt hatte.

Im Rahmen seiner Praktikumstour begleitete Lucas Schaal die Reinigungsstreife bei einer Schicht auf der U8 und konnte direkt und hautnah die alltäglichen Erfahrungen und Herausforderungen

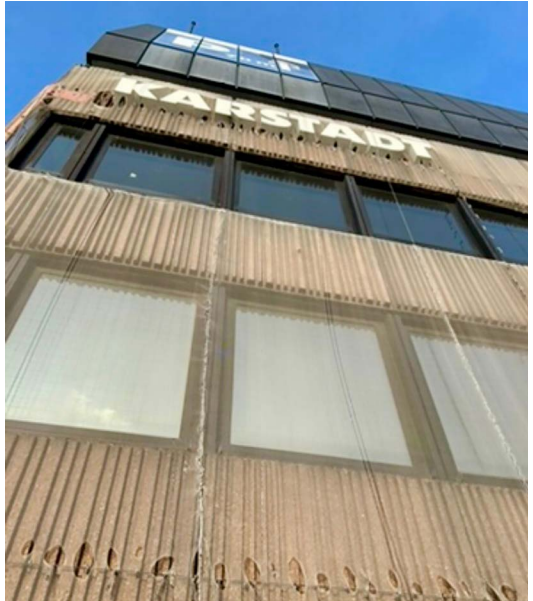
der Mitarbeiter auf der U8 miterleben. „Natürlich kennen wir die Probleme mit Drogenkonsum, Verwahrlosung und Verunreinigung in der U8 schon lange. Der neue Senat wird jedoch nicht weiter wegschauen, sondern das Thema U8 kraftvoll angehen“, verspricht Schaal. Mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung aller Kräfte, also auch Polizei und Obdachlosenhilfe, kann es gelingen, dauerhaft zu einer saubereren und sichereren U8 zu kommen. (LS)



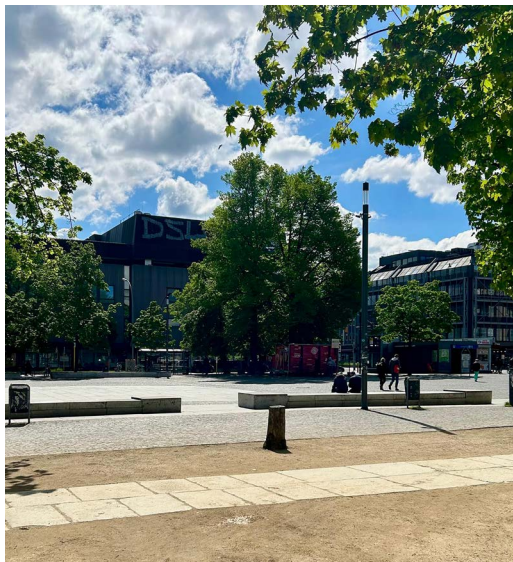
Lucas Schaal mit der Reinigungsstreife auf der U8

Tageseinrichtung für Drogenabhängige im ehem. Karstadt-Gebäude?

Die Anwohner und Gewerbetreibenden sind den Auswirkungen von massivem Drogenkonsum und -kriminalität am Leopoldplatz weiter hilflos ausgesetzt. Die angekündigten Maßnahmen des Bezirksamtes reichen ganz offenkundig bei weitem nicht aus, um zu einer spürbaren Entlastung der Situation vor Ort zu führen. Die Mittel aus dem Sicherheitstisch, die dem Bezirk Mitte für den Leopoldplatz vom Land Berlin zur Verfügung gestellt werden, sollen insbesondere in die Stabilisierung des Status Quo gehen. So wird die bestehende, sehr teure Drogenkonsum-Infrastruktur vor allem weiter ausgebaut. So soll es beispielsweise künftig eine betreute Toilette geben. In diesem Zusammenhang muss man auch die Pläne einer möglichen Nutzung des ehemaligen Karstadt-Gebäudes als Tageseinrichtung für Drogenabhängige sehen.



Aus Sicht des Vorsitzenden der CDU-Fraktion Mitte, Sebastian Pieper, „wird dies ein weiterer Pull-Effekt sein, der die Situation eher weiter verschlechtern wird. Das kann nicht die Lösung sein, um den Leopoldplatz wieder zu einem Platz für Familien und Anwohner zu machen und die wirtschaftliche Entwicklung des gesamten Gebietes zu verbessern.“



Eine Etablierung der Drogenszene mit all seinen negativen Begleitscheinungen wie Gewalt, Kriminalität, Müll und soziales Elend wird der Entwicklung des Leopoldplatzes und seines Umfeldes nur hinderlich sein. Hierzu fehlen die Vorschläge der grünen Bezirksbürgermeisterin und ihrer grün-roten Zählgemeinschaft in der BVV Mitte. (OL)

Meldebescheinigung online beantragen

Mit einer Meldebescheinigung wird nachgewiesen, dass eine Person in Berlin gemeldet ist. Die Meldebescheinigung enthält die Anschrift(en), die bei der letzten Wohnsitzanmeldung bei der Meldebehörde (Bürgeramt) angegeben wurde.

Die Meldebescheinigung kann auch als Lebensbescheinigung verwendet werden, zum Beispiel zur Vorlage bei Versicherungen oder Rententrägern im Ausland.

In Berlin werden jedes Jahr rund 130.000 Meldebescheinigungen ausgestellt, der größte Teil davon vor Ort in den Bürgerämtern. Es geht aber auch bequemer und schneller, denn: seit einigen Monaten können Meldebescheinigungen auch online beantragt werden.

Für den online-Antrag muss der Antrag-

steller sich digital identifizieren. Dafür können der Personalausweis, die Unionsbürgerkarte (eID-Karte) oder der elektronische Aufenthaltstitel (eAT), jeweils mit aktivierter Online-Ausweisfunktion (eID), genutzt werden.

Der Service kann – im Gegensatz zur Beantragung vor Ort - ohne Termin beim Bürgeramt genutzt werden und ist zudem kostenfrei (statt 10,- Euro bei der Beantragung vor Ort)!

(Weitere Infos gibt es hier: <https://service.berlin.de/dienstleistung/120702>)

Ab Herbst soll es zudem zusätzlich möglich sein, auch seine An- oder Ummeldung online vornehmen zu können. (CS)

Tag des Ehrenamtes 2024

Am 6. September war es wieder soweit – das Bezirksamt hat zum Tag des Ehrenamtes eingeladen, dieses Mal in die Heilandskirche in der Thusnelda-Allee in Moabit.

„Ehrenamtliche Arbeit ist ein unschätzbares Gut. Sie bringt Menschen zusammen, fördert den Zusammenhalt und stärkt das soziale Miteinander. Ob in der Nachbarschaftshilfe, in sozialen Projekten, in der Kultur oder im Sport – überall dort, wo Menschen sich für andere einsetzen, entsteht ein wertvolles Netzwerk der Solidarität und des Vertrauens. „Ich danke allen Anwesenden für Ihr Engagement und für das, was Sie täglich für unsere Gemeinschaft leisten.“, so Sozialstadtrat Carsten Spallek (CDU) bei der Begrüßung.

Ein Höhepunkt des Abends, der von kleinen Snacks und erfrischenden Getränken sowie stimmungsvoller Musik begleitet wurde, war die Auszeichnung der diesjährigen Preisträger mit dem Ehrenamtspreis. Dies waren Andreas Weiss für seine langjährige ehrenamtliche Tätigkeit beim SV Blau Weiss Berolina Mitte 49 e.V. David Tilcher wurde für seine Arbeit in der Kontakt- und Beratungsstelle für Menschen in Wohnungsnot und sozialen Schwierigkeiten geehrt. Die Mitglieder von „Trans*Sexworks“ wurden für ihr Engagement rund um die Kurfürstenstraße in Tiergarten-Süd

ausgezeichnet.

Einen Sonderpreis gab es für „Trialoge“, die sich zur Aufgabe gemacht haben, nach dem grausamen Anschlag im Oktober 2023 den Dialog zwischen Israelis und Palästinensern zu fördern sowie zur Bildungsarbeit und Friedensstiftung beizutragen. (CS)



Carsten Spallek (CDU)

Die Bernauer Straße

Wohl kaum eine andere Straße Berlins, ja Deutschlands, wurde nach 1945 so zum Spiegelbild der Spaltung unserer Stadt und unseres Vaterlandes wie die Bernauer Straße im Wedding. Als im Jahre 1861 – dem Jahr der Wiedereingliederung des Weddings zu Berlin – der ehrgeizige Baueigentümer Steinbrecher diese Straße anlegte, wünschte er, dass diese seinen Namen tragen sollte. Der Polizeipräsident von Berlin, von Madai, lehnte dies jedoch ab und gab dieser Straße den Namen der alten Hussitenstadt Bernau im Nordosten Berlins und ahnte nicht, damit – wenn auch auf tragische Weise – Geschichte zu machen.

Die Straße entwickelte sich zu einer typischen Straße mit Mietskasernen, wie sie für den Berliner Norden Ende des 19. Jahrhunderts so typisch waren. Es waren nur zwei Bauwerke, die sich aus dieser Straße heraus hoben: das 1864 errichtete Lazarusstift und die 1894 vom Mecklenburger Baumeister Möckel errichtete neugotische Versöhnungskirche, bei deren Einweihung auch Kaiserin Auguste Viktoria zugegen war.

Im Zweiten Weltkrieg erlitt die Straße starke Zerstörungen, die eigentliche Zäsur begann jedoch mit der Einrichtung des Vier-Mächte-Status von 1945. Die nördliche Hälfte der Straße mit Bürgersteig und Fahrbahn sowie der Bürgersteig der südlichen Hälfte gehörten zum Französischen Sektor (Wedding), die Häuser der südlichen Seite jedoch zum Sowjetsektor (Mitte).

Als Berlin 1948 geteilt wurde, verlief hier die Grenze genau zwischen West und Ost, zwischen Freiheit und Unfreiheit.

Dies kam am 13. August 1961 besonders zum Ausdruck, als das DDR-Regime die Mauer errichtete und Ost-Berlin hermetisch abriegelte. Die Mauer zertrennte alle Straßen und das Bild der eingemauerten Versöhnungskirche ging um die ganze Welt.

Spektakuläre Fluchten von Ost nach West fanden statt. Einige endeten tödlich, als sich die Bewohner aus den Häusern bzw. von den Dächern

stürzten, so Ida Sieckmann und Bernd Lünser.

Das SED-Regime vermauerte nun systematisch die Fenster und Eingänge sämtlicher Häuser und an den zugemauerten Straßen wurden hinter der Mauer Panzersperren (!) und riesige Sichtblenden errichtet, um jeden Kontakt von Ost nach West zu unterbinden. Die Gräber im Grenzbezirk des Sophienfriedhofs wurden eingeebnet. Flüchtlinge, die die Flucht wagten (wie der Flüchtling Mundt, selbst auf der Mauer des Kirchhofs und fast schon im sicheren Ziel), wurden erbarmungslos erschossen.

Oft setzte die Vopo auch Tränengas und Wasserwerfer ein, um Kontakte zu verhindern.

Spektakuläre Fluchten wurden auch dadurch realisiert, indem man von Ostberliner Häusern aus Tunnel nach West-Berlin grub.

Am 04.10.1964 flüchteten durch den „Tunnel 57“ (an dem Bau war u.a. auch der spätere Astronaut Furrer beteiligt) 57 Menschen. Bei der Flucht wurde der Grenzsoldat E.E. Schultz durch eigene Truppen in der Strelitzer Str. 55 erschossen. Die DDR schob westlichen Fluchthelfern die Tat zu und benannte die Strasse nach dem Getöteten. Bereits im September 1962 flüchteten 29 Menschen durch einen anderen Tunnel.

Die DDR ließ in den folgenden Jahren die zugemauerten Häuser bis zum Erdgeschoss abreißen, dann verschwanden auch die letzten Reste der Häuser und wurden durch eine durchgehende massive neue Mauer aus Beton ersetzt.

Im Januar 1985 zerstörte das atheistische DDR-Regime – das sich immer durch spektakuläre Sprengungen und Niederreißen von Kirchen hervortat – die eingemauerte Versöhnungskirche durch zwei Sprengungen (der Befehl dazu soll von Honecker selbst stammen).

Es blieb dem Gotteshaus nicht vergönnt, den 9. November 1989, den Fall der Mauer und das Ende der DDR noch zu erleben. Ereignisse, durch die die Bernauer Straße wieder zu einer – fast – normalen Straße in Berlin wurde. (HB)



© ELAB, Archiv der Versöhnungsgemeinde, CC BY-SA 4.0 <<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>>, via Wikimedia Commons